

Hinweis von Prof.Dr. Helmut Klüter der Uni Greifswald, der am 31.8.07 in Lubmin an der Podiumdiskussion teilnimmt.
Sehr geehrte Frau Kunze,

vielen Dank für Ihren Hinweis auf die Studie von Dr. Vater. Anbei schicke ich Ihnen einen Link über den Stellenwert erneuerbarer Energien in MV, der bereits jetzt erreicht wurde - und die ökonomische Überflüssigkeit eines weiteren Steinkohlekraftwerks im Land unterstreicht.

Mit freundlichen Grüßen

H. Klüter

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie den Link zu unserer aktuellen Presseinformation
"Erneuerbare Energieträger sind mit einem Anteil von 32 Prozent zweitwichtigste Energiequelle für die Stromerzeugung im Land"

http://www.statistik-mv.de/cgi-bin/pressesuch/presse_infotext.pl?25568

Mit freundlichen Grüßen

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit -
Telefon: 0385 4801-4792
Telefax: 0385 4801-4416
<mailto:statistik.presse@statistik-mv.de>

hier ein co2 rechner für pkw.
damit kann man seine persönlichen emissionen durchs autofahren ermitteln.
http://www.dekra-online.de/co2/co2_rechner.html

http://www.gruene.de/cms/themen/dok/193/193326.kein_kohlekraftwerk_in_bremen.htm

[javascript:history.go\(-1\)](javascript:history.go(-1))[javascript:history.go\(-1\)](javascript:history.go(-1))

Freitag, 17. August 2007 | Aus der Nachbarschaft

Schon 453 Kraniche zur Rast gelandet
Groß Mohrdorf „Das Kranichjahr begann diesmal sehr zeitig“, berichtet der Leiter des Kranich-Infozentrums, Dr. Günter Nowald. „Schon Mitte Juni waren die ersten Jungvögel flugfähig.“ Am 15. August habe man zwischen 19.15 und 20.10 Uhr 453 Kraniche beobachtet, die zum Schlafplatz Großer Werder flogen. „Auch an den anderen Schlafplätzen, etwa auf dem Kirr, übernachteten derzeit über 180 Vögel.“ Der Höhepunkt der Herbstrast werde gegen Mitte Oktober mit 40 000 bis 60 000 Kranichen erwartet. Die Rügen-Bock-Region ist damit der bedeutendste Rastplatz Zentraleuropas. Neben der ständigen Ausstellung des Kranich-Informationszentrums mit audiovisuellen Medien, Präparaten und Schautafeln ist noch bis 5. September die Sonderausstellung „Exotische Tanzwunder -

Kraniche der Welt“ zu sehen. Sie vermittelt u. a. Infos über gefährdete Populationen, wie die kleinste Kranichart, den Jungfernkranich, und die farbenfrohen Kronenkraniche in Afrika. Kronenkraniche sind passionierte Tänzer, afrikanische Völker haben viele Bewegungselemente in ihre Tänze aufgenommen. Eine Besonderheit der Kronenkraniche ist ihre Fähigkeit, stehend auf Bäumen übernachten zu können.

Besucher sind herzlich willkommen - der Eintritt ist frei. Geöffnet ist täglich von 10 Uhr bis 16.30 Uhr; im September und Oktober von 9.30 Uhr bis 17.30.

Elektrizitätswerke Schönau

Liebe Freunde und Freundinnen der EWS,
ein Fernsehteam hat uns kürzlich in Schönau besucht und eine Sendung aufgezeichnet, die für Sie am **Sonntag den 19.8.2007 um 23.30 Uhr im SWR Fernsehen** gesendet wird.

In „Wortwechsel“ sehen Sie die Redakteurin Jaqueline Stuhler im Gespräch mit Ursula und Dr. Michael Sladek.

Wir möchten uns bei allen bedanken, die mit Ihrer Unterstützung dazu beitragen, dass wir in letzter Zeit ein so erfreuliches Medienecho haben und einen so gigantischen Zulauf an Neukunden.

Herzliche Grüße aus Schönau,

Michael Sladek

P.S. Wollen Sie die Sendung auf keinen Fall verpassen? [Auf der SWR-Programmseite vom 19.8.2007](#) finden Sie den Programmwecker. Klicken Sie einfach auf das Uhr-Symbol unter der Sendung und der SWR schickt Ihnen eine Erinnerungs-Mail.

Dr. Michael Sladek
Elektrizitätswerke Schönau Verwaltungs GmbH
Friedrichstr. 53-55
79677 Schönau
Tel.: +49 7673 8885-52
Fax: +49 7673 8885-19

index.php?ctl=dereferer&to=aHR0cDovL3d3dy5ld3Mtc2Nob2VuYXUuZGU%3Dindex.php?ctl=dereferer&to=aHR0cDovL3d3dy5ld3Mtc2Nob2VuYXUuZGU%3D

SWR 1 Radio Report: Ursula und Michael Sladek : Die Stromrebellin - podcast.de - "der gute Strom mit dem dicken Arzt" - taz journal "Logisch" Juni 2007

"Wir wollen kein Geld scheffeln" - der stern 20.06.2007

"Stromrebellin, Siegeszug im Netz" - natur+kosmos Juli 2007

"Preis für die Stromrebellin - Badische Zeitung, 20.06.2007

Liebe Freunde,

unter diesem Link http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2007/07/2007-07-03-energiegipfel.html könnt Ihr die vorläufigen Ergebnisse und sonstigen Arbeitsunterlagen zum 3.

Energiegipfel am 3. Juli 2007 einsehen. Insgesamt ziehe ich persönlich eine recht positive Bilanz; es bleibt aber abzuwarten, wie und wann die Umsetzungen konkret werden.

Hier ein paar von mir jedoch alarmierende Aussagen aus dem **Bericht der Arbeitsgruppe 2 „Nationale Aspekte“**, die mir manches in einem neuen Licht erscheinen lassen:

➤ **Neubau von Kohlekraftwerken**

Nach den Energiegipfelszenarien würde Kohle in der Stromerzeugung zwar auch 2020 noch eine wichtige Rolle spielen. Allerdings würde es zu diesem Zeitpunkt keinen Neubau von Kohlekraftwerken mehr geben, so dass sich der Verstromungsanteil infolge Stilllegungen sukzessive verkleinern würde. Ursächlich hierfür sind insbesondere die in den Szenarien angenommene Preisrelation von Kohle- und Gaspreisen sowie die unterstellte sukzessive Versteigerung der Emissionsrechte. Gleichzeitig decken die den Szenarien zugrunde gelegten CO₂-Preise nicht die von den Gutachtern auf 30-45 EUR/ t CO₂ veranschlagten Mehrkosten für CCS-Technologien.

Ob es tatsächlich zu einem weit reichenden Brennstoffwechsel von Kohle zu Erdgas kommen wird, hängt allerdings auch von der Entwicklung des Gaspreises und der Gasverfügbarkeit ab. Zwar wird nach den Szenarien Deutschland durch eine Umstrukturierung des Gasverbrauchs zwischen den privaten Haushalten und dem Kraftwerkssektor auf den internationalen Märkten kein zusätzliches Gas

nachfragen, was vor allem an der Verdopplung der Energieproduktivität liegt. Eine erhöhte Gasnachfrage aus anderen Ländern könnte aber tendenziell zu wachsenden Preisdifferenzen zwischen Kohle und Erdgas führen. Hieraus könnten im Prinzip auch Anreize resultieren, weiterhin in moderne Kohleverstromung zu investieren. In der Praxis gibt es derzeit aber eine große Zurückhaltung bei noch nicht fest bestellten neuen Kohlekraftwerken. Die Szenarienrechnungen kommen zu dem Ergebnis, dass nach 2015 der Zubau fossil befeuerter Kraftwerke ausschließlich auf Basis von Erdgas erfolgt. In der Realität sei allerdings eine gewisse Diversifizierung zu erwarten, um dem Risiko zukünftig höherer Gaspreise zu begegnen.

➤ **Netzanschluss neuer Kraftwerke**

Um mehr Wettbewerb auf der Angebotsseite zu schaffen, werden in Deutschland dringend neue Kraftwerke benötigt. Auch müssen Kraftwerke, die altersbedingt oder aufgrund des gesetzlich vorgeschriebenen Ausstiegs aus der Kernenergie abgeschaltet werden, durch neue Kraftwerke ersetzt werden, um die Versorgung mit Strom sicherzustellen. Die **Kraftwerksnetzanschlussverordnung (KraftNAV), die vom Bundeskabinett am 13. Juni 2007 beschlossen** wurde, soll einen zügigen und diskriminierungsfreien Anschluss neuer Kraftwerke, gerade auch von neuen Anbietern, ans Netz sicherstellen.

Kernstück der Verordnung sind Regelungen für ein transparentes und zügiges Verfahren für den Netzanschluss der neuen Kraftwerke. Es entsteht - finanziell und verfahrensmäßig – Planungssicherheit für alle Beteiligten. Kraftwerksinvestoren werden tendenziell entlastet werden. Auch dürfen Netzbetreiber einen Kraftwerksanschluss nicht unter Hinweis auf etwaige Engpässe im Netz ablehnen. **Um geplanten Investitionen einen besonderen Schub zu verleihen, wird darüber hinaus neuen Kraftwerken, für die bis Ende 2007 ein konkretes Netzanschlusssbegehren vorliegt und die bis Ende 2012 ans Netz gehen, eine Durchleitungsgarantie für die Dauer von 10 Jahren gegeben.** Im Ergebnis kann dies bei Engpässen im Netz zu einer Privilegierung neuer Kraftwerke gegenüber Bestandskraftwerken führen. Bereits vor ihrem Inkrafttreten hat die Verordnung die Anschlusspraxis der Netzbetreiber spürbar in positiver Weise beeinflusst.

Außerdem hänge ich Euch mal noch die Starterklärung dieser Seite sowie die o.g. **KraftNAV** in die Anlage.

Herzliche Sonntagsgrüße – Karin Kaspar

Interview von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel mit der ["Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung"](#) vom 01.07.2007

Die Kernenergie ist nicht der archimedische Punkt der Klimapolitik

Herr Gabriel, Sie haben ja schon einige politische Rollen gespielt. Geben Sie jetzt den Industrieschreck?

Nein, ich habe ein gutes Verhältnis zur Industrie, von Ausnahmen abgesehen.

Den braven BASF-Chef Jürgen Hambrecht haben Sie einen Stalinisten gescholten.

Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, er argumentiere wie ein Wirtschaftsstalinist. Wenn jemand öffentlich erklärt, die Regierung muss tun, was ich von ihr verlange, sonst rede ich nicht mehr mit ihr - dann fordert das einen demokratischen Politiker heraus.

Zu Beleidigungen?

Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es gelegentlich heraus. Mich wundert, dass Leute, wenn sie ordentlich auf die Pauke hauen, den Schallpegel nicht ertragen können, den sie auslösen.

Vor dem Energiegipfel am Dienstag im Kanzleramt, der die künftige deutsche Energiepolitik abstecken soll, plagt die Industrie offenbar eine Sorge: dass Klimaschutz über alles gestellt wird, ohne Berücksichtigung der Kosten.

Wer das behauptet, ist argumentativ nicht auf Ballhöhe. Klimaschutz ist längst Grundlage intelligenter Wirtschaftspolitik geworden.

Sie fordern einen "grundlegenden Umbau der Industriegesellschaft". Mancher Manager übersetzt das mit Deindustrialisierung.

Unsinn. Wir wollen dafür sorgen, dass die Industrieproduktion trotz einer dramatisch steigenden Weltbevölkerung und einer gigantisch gestiegenen Nachfrage nach Ressourcen weiter möglich bleibt, auch bei uns. Längst haben große Teile der Wirtschaft erkannt, dass es keinen Widerspruch gibt zwischen Klimaschutz und Industrialisierung. Die Lösung des Problems besteht nicht in Wachstumskritik. Sondern in der Abkopplung der wirtschaftlichen Entwicklung von der Zerstörung des Klimas.

Das läuft unter dem Stichwort Energieproduktivität. Und ist der große Streitpunkt zwischen Ihnen und der Industrie.

Wir sagen, dass die Energieproduktivität, also die Produktionsmenge pro eingesetzter Energiemenge, bis 2020 jährlich um drei Prozent wachsen kann - und muss. In den 70-er, den 80-er und Anfang der 90-er Jahre haben wir diesen Effizienzgrad schon mal erreicht.

Heute sind solche Zuwächse nicht mehr zu schaffen, vielmehr völlig unrealistisch, sagt die Wirtschaft. Wissen Sie es besser?

Was ich weiß, ist, dass die deutschen Unternehmen ihre Klimaschutzversprechen nicht eingehalten haben. Zugesagt war 2001, bis zum Jahre 2010 gegenüber 1998 durch den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung mindestens 20 Millionen Tonnen CO₂ einzusparen. Stattdessen hat die Wirtschaft 30 Millionen Tonnen mehr emittiert.

Was hat das mit dem Thema Energieeffizienz zu tun?

Mehr Energieeffizienz heißt weniger Energieverbrauch, heißt weniger CO₂-Ausstoß, heißt weniger Kosten. Erst halten die Leute nicht ein, was sie versprochen haben: Das Maß an CO₂-Minderung, um die deutschen Klimaziele zu erfüllen. Dann beklagen die gleichen Leute, dass die für die Klimaziele nötige Energieeffizienzsteigerung, nämlich drei Prozent pro Jahr, nicht erreichbar sei. Das ist die Methode: Haltet den Dieb!

Und was schlagen Sie vor?

Es gibt kein Paradeinstrument, sondern nur ein Bündel von Maßnahmen - ein Mix aus Förderprogrammen, ökonomischen Anreizen im Steuersystem und Ordnungsrecht. Zum Beispiel muss das Programm zur energetischen Gebäudesanierung ausgeweitet werden. Und ineffiziente Stromfresser müssen nach und nach vom Markt kommen, Stichwort Glühbirne und Nachtspeicherheizungen. Außerdem brauchen wir ein Gesetz, das die Verdopplung des Anteils der Kraft-Wärme-Kopplung auf etwa 25 Prozent im Jahr 2020 sicherstellt.

Klingt, als ob es ziemlich teuer wird - für Industrie und für Verbraucher.

Wieso wird es teurer, wenn die Stromrechnung sinkt? Die Steigerung der Energieeffizienz um 3 Prozent pro Jahr bis 2020 erspart der deutschen Volkswirtschaft bis 2020 über 300 Milliarden Euro Energiekosten. Teuer wird es für die Industrie, wenn sie nichts tut.

Wieso?

Wir haben gerade erreicht, dass die EU-Kommission uns weiterhin erlaubt, energieintensive Branchen von der Ökosteuer zu befreien. Da geht es um 1,9 Milliarden Euro pro Jahr. Grundlage für diese Genehmigung ist aber, dass die deutsche Wirtschaft im Gegenzug ihre Klimaschutzzusagen von 2000 einhält. Das wird die EU zum ersten Mal 2009 überprüfen. Wenn sie feststellt, dass die Zusagen verfehlt werden, wird sie die Genehmigung nicht verlängern.

Die Wirtschaft beklagt, dass Sie Klimaschutz um jeden Preis wollen...

Schauen Sie sich den Stern-Report des ehemaligen Weltbank-Chefökonom an. In dem Bericht ist nachgewiesen, dass Klimaschutz bis zu einem Prozent des weltweiten Sozialproduktes kostet. Der Verzicht auf Klimaschutz kann aber bis zu 20 Prozent kosten.

Angstmache, sagt Herr Hambrecht.

Pure Ignoranz, antworte ich. Es ist doch so: Wir sind reich genug, um uns Klimaschutz zu leisten. Aber wir sind zu arm, um auf Klimaschutz zu verzichten.

Wäre Klimaschutz nicht viel einfacher und billiger zu haben, indem man die Atomkraftwerke länger laufen lässt? Dafür plädiert auch eine Mehrheit der Deutschen.

Alle seriösen Umfragen bestätigen, dass die Mehrheit der Deutschen für den geordneten Ausstieg in dem beschlossenen Tempo ist. Und wir haben ein Atomgesetz, in dem der Ausstieg klar geregelt ist. Dabei bleibt es.

Ihr Kabinettskollege Glos ist da anderer Ansicht.

Es ist eine Sache, was er privat denkt, und eine andere, was im Koalitionsvertrag steht.

Atom ist also kein Knackpunkt für die Koalition?

Die Kanzlerin sagt, sie ist vertragstreu. Ich zweifle nicht, dass sie sich an diese Zusage hält.

Trotzdem: Ist Atomkraft nicht das kleinere Übel?

Nein. Wir haben Alternativen. Und selbst bei einer Verlängerung der Laufzeiten würde die Kernenergie nur vier bis fünf Prozentpunkte zur beschlossenen CO₂-Minderung beitragen. Wir wollen aber 40 Prozent weniger CO₂ bis 2020. Die Kernenergie ist nicht der archimedische Punkt der Klimapolitik.

Was kann jeder Verbraucher für den Umweltschutz tun? Sie haben mal zu Stoßlüftung geraten.

Jeder kann mithelfen. Darauf achten, welche Elektrogeräte man nutzt, welche Fahrzeuge man fährt, was man im Lebensstil tun kann. Das nutzt der Umwelt und schont den Geldbeutel.

Und was machen Sie?

Ich habe wegen der hohen Gasrechnung mein Haus gedämmt. Und das ohne staatliche Zuschüsse und bevor ich Umweltminister wurde.

Was kommt am Dienstag beim Energiegipfel heraus?

Ich hoffe, dass wir uns auf ein anspruchsvolles Programm zur Steigerung der Energieeffizienz verständigen. Und dann sollten wir die Ergebnisse der Klimaschutzpolitik alle zwei bis drei Jahre überprüfen. Um festzustellen, ob die Ziele erreicht wurden, wer was geschafft hat und wer nicht. Eines jedenfalls muss klar sein: Am Klimaschutz kommt in Deutschland niemand mehr vorbei.